

ineingef...  
Lwände ein...  
fabrik als  
abstraktive  
das Gebinde  
Stamm fast

rttschaft  
68,97  
16,49  
81,35

ber Kurs.  
aus Alumi...  
t der Guß...  
diese Mün...  
ber bis zum  
bestaffen zu  
r Umwechse...

November.  
er 140-151;  
märkischer 139  
l 23,75-27;  
viktoriarbjen  
19-21; Fe-  
-20; Kaps-  
schmied 5,40  
ffeln, weiße  
1,70. Allge-

November.  
-27); Erste  
Wagenmehl  
(7,50-7,75);  
3,50).

age  
enke!  
rfs

sterzen  
t billigst  
platterer

immer-  
nung  
Familie sofort  
die Geschäfts-  
Blattes.

n Sie bei  
önig

und größte  
Lwänderei  
utgart  
agen  
berhenden  
und hügeln,  
werden  
e neu  
ahmestelle:  
Stanger,  
erstraße 11.

ferieren  
Gewinn!

Ercheinungswelle:  
Tglich mit Ausnahme  
des Sonn- und Festtags

Anzeigenpreis:  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklamenteil:  
die Seite 60 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

Gerichtshof  
für beide Teile ist Calw



Bezugspreis:  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trügerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 277

Mittwoch, den 26. November 1930

Jahrgang 103

# Erschwerte Lage für das Kabinett Brüning

## Die Wirtschaftspartei springt ab — Rücktritt des Reichsjustizministers Bredt — Inkraftsetzung des Sanierungsprogramms durch Notverordnung?

II. Berlin, 26. Nov. Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei hat im Einvernehmen mit dem Reichsjustizminister Dr. Bredt gestern einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „Bereits am 26. September 1930 hat der Reichsausschuß beschlossen, daß sich die Wirtschaftspartei an keiner Regierung im Reiche beteiligen, auf welche die Sozialdemokratie mittelbar oder unmittelbar Einfluß ausübt. Die Ereignisse der letzten Zeit beweisen aber, daß die Reichsregierung Brüning ihre Politik in Anlehnung an die Sozialdemokratie unter Preisgabe lebenswichtiger Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft durchzuführen versucht. Nach Ansicht der Wirtschaftspartei können auf diese Weise die großen Lebensprobleme des deutschen Volkes in der Innens- und Außenpolitik nicht gelöst werden. Infolgedessen lehnt die Wirtschaftspartei die weitere Unterstützung des Kabinetts Brüning ab.“

In den Mittagsstunden begab sich der Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Abgeordneter Drewitz, zum Reichskanzler, um ihm von dem Beschluß des Reichsausschusses Kenntnis zu geben. Reichsjustizminister Dr. Bredt, der gegenwärtig in Marburg weilt und erkrankt ist, hat — wie verlautet — dem Reichskanzler bereits sein Rücktrittsgesuch übermittelt.

Das Rücktrittsgesuch des Reichsjustizministers Bredt dürfte zunächst keine unmittelbaren Konsequenzen haben. Der Reichskanzler wird das Gesuch nicht eher an den Reichspräsidenten, der die letzte Entscheidung darüber hat, weiterleiten, als er persönlich Gelegenheit gehabt hat, eine Aussprache mit dem Justizminister herbeizuführen. Dr. Bredt befindet sich zurzeit in Marburg, hat aber in Aussicht gestellt, daß er Mitte der kommenden Woche wieder in Berlin sein werde. Vor diesem Zeitpunkt ist also mit einer endgültigen Erledigung des Rücktrittsgesuchs keinesfalls zu rechnen.

In gut unterrichteten politischen Kreisen wird die Auffassung vertreten, daß der Reichskanzler dem Reichspräsidenten empfehlen wird, auch dieses zweite Demissionsgesuch Bredts abzulehnen. Von anderer Seite wird dagegen berichtet, daß der Kanzler der Meinung sei, man könne eine Persönlichkeit, die nun bereits zum zweiten Male aus dem Amt scheiden wollte, nicht in der Verantwortung halten. Im übrigen vertritt man in Regierungskreisen die Meinung, daß sich durch den angekündigten Rücktritt des Reichsjustizministers in den sachlichen Aufgaben der Reichsregierung nichts geändert habe. Der Reichskanzler habe die Absicht, die Parteiführerverhandlungen heute abend mit den Deutschnationalen, der DVP. und den Sozialdemokraten endgültig abzuschließen, so daß das Kabinett spätestens am Donnerstag seinen entscheidenden Beschluß über die Frage fassen kann, ob eine parlamentarische Verschiebung der Sanierungspläne möglich ist oder nicht. Jedoch dürfte feststehen, daß auf Grund des Beschlusses, den der

Reichsausschuß der Wirtschaftspartei am Dienstag gefaßt habe, die Auffassung im Regierungslager verstärkt worden ist, daß ein anderer Weg als der der Notverordnung nicht mehr beschritten werden kann. In diesem Fall ist wohl mit einer Verkündung der Sanierungsgesetze auf dem Notverordnungsweg noch für Ende der laufenden Woche zu rechnen.

In politischen Kreisen ist, wie das Berliner Tageblatt berichtet, die Frage nun erörtert worden, ob die Reichsregierung auch die Gesetze verfassungsändernden Charakters mit Hilfe einer Notverordnung auf Grund des Artikels 48 in Kraft setzen könne. Die Reichsregierung habe durch die zuständigen Stellen diese Frage prüfen lassen und als Ergebnis dieser Auslegung steht sie auf dem Standpunkt, daß sie auch bei verfassungsändernden Gesetzen in der Lage sei, den Artikel 48 anzuwenden.

**Änderungswünsche der Christlich-Sozialen.**  
Reichskanzler Brüning empfing gestern als Vertreter der Reichstagsfraktion des Christlich-Sozialen Volksdienstes die Abg. Nippel und Stimpfenböcker. Die Fraktion hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß sie nicht die völlige Aufhebung der Notverordnung verlangt, aber einige Änderungswünsche geltend macht. Sie wendet sich vor allem gegen die Krankenkassen-Gebühren. In steuerlicher Hinsicht ist der Christlich-Soziale Volksdienst ein Gegner der Verbrauchssteuer, während er einer an der Quelle erhobenen verstärkten Biersteuer zustimmen würde. Die Wünsche der Fraktion gehen weiter auf eine sozialere Gestaltung und Staffelung der Bürgersteuer.

**Minister Schiele über Agrarpolitik und Preisabbau.**  
Im Berliner Rundfunk sprach Minister Schiele über Agrarpolitik und Preisabbau. Er führte u. a. aus: Sehr zu Unrecht versucht man, die deutsche Agrarpolitik gegen die Preisabbaubemühungen der Reichsregierung auszuspielen. Beide haben vielmehr ein gemeinsames Ziel, dessen zentraler Punkt die Stärkung der Kaufkraft ist. Der Preisabbau will verhindern, daß die notwendig gewordene Kürzung der Gehälter und Löhne die allgemeine Kaufkraft schwächt; die deutsche Agrarpolitik hat als vornehmstes Ziel, die notwendige Stärkung der Kaufkraft der deutschen Landwirtschaft. Die deutsche Landwirtschaft verkauft für ungefähr 9 Milliarden Mark Produkte, wofür der letzte Verbraucher ungefähr 18 Milliarden Mark bezahlen muß. Aus diesem Mißverhältnis allein ergibt sich, daß der notwendige Preisabbau bei der Handelspanne einsehen mußte. Die Landwirtschaft handelt nicht nur im eigenen Interesse, sondern kämpft für den wirklichen Sinn der Aktion der Reichsregierung, wenn sie in energischer Kampfsposition sich dagegen verweigert, daß die Preisabbaumaßnahmen zu ihren Lasten gehen.

# Völkerbundsklage des Reiches gegen Polen

## Schwerwiegendes Material über die polnischen Terrorakte in Ostoberschlesien liegt vor — Energisches Eingreifen der Regierung gefordert

II. Berlin, 26. Nov. Der deutsche Generalkonsul in Katowitz, der mit den Nachforschungen in Ostoberschlesien beauftragt war, ist in Berlin eingetroffen und hat dem auswärtigen Amt Bericht erstattet. Das Material über die polnischen Terrorakte ist so umfangreich und schwerwiegend, daß es für die Reichsregierung nunmehr unzulässig ist, gemäß Art. 72 des Genfer Abkommens die notwendigen Schritte beim Völkerbund zu ergreifen. Es steht noch nicht fest, ob die Reichsregierung in Anbetracht der gespannten Verhältnisse an der deutsch-polnischen Grenze in Ostoberschlesien die Einberufung einer Tagung des Völkerbundes beantragen wird.

Zentrum und Deutschnationale fordern Einsichten gegen Polen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat am Schluß ihrer Dienstagssitzung, an der auch Reichskanzler Dr. Brüning teilnahm, nach einem Hinweis des Abg. Ullrich auf die Vorgänge in Ostoberschlesien eine Interpellation angenommen, die die Regierung zu einem ihr geeignet erscheinenden energischen Einschreiten auffordert.

Dr. Oberjohren hat namens der deutschnationalen Reichstagsfraktion an den Reichsaussenminister ein Schreiben gerichtet, in dem die dringende Bitte ausgesprochen wird, die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses nicht weiter zu verzögern, damit durch eine sofortige Erörterung der unerhörten Tatbestände die deutschen Volksgenossen in Ostoberschlesien in ihrem Lebenskampf gestärkt werden.

**Wachsende Empörung.**  
Die Empörung über die blutige Unterdrückung des Deutschtums in Ostoberschlesien ist im deutschgebliebenen Teil Oberschlesiens im Wachsen begriffen, da immer neue Einzelheiten über die unzulässige Schreckensherrschaft der Aufständischen bekannt werden. Zahlreiche Parteien, Verbände und Organisationen verlangen in Entschlüssen ein energisches Vorgehen der Reichsregierung, die alle Mittel und Möglichkeiten erschöpfen müsse, um den unzumutbaren Zuständen ein Ende zu machen. Die ober-schlesische Zentrumspresse verurteilt einmütig einen beachtenswerten Artikel des früheren Abstinenzkommissars, Landrat Dr. Urbanek in Beuthen, worin es heißt, wir seien es unserer Ehre schuldig, auf die rückhaltslose Feindschaftserklärung Polens nicht wieder mit Anbiederung und mit Verständigungsbesessenheit zu antworten. Es wird weiter die Hoffnung ausgesprochen, daß bei der jebigen Einstellung Polens die Ratifizierung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens unterbleiben werde.

**Dieser Brief an den Präsidenten Calonder.**

Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, der Deutsche Evangelische Volksbund Oberschlesiens und der Oberschlesische Kulturverband haben einen offenen Brief an den Präsidenten der gemischten Kommission, Calonder, gerichtet, in dem erneut schärfster Protest gegen den blutigen Terror, unter dem die deutsche Bevölkerung in Ostoberschlesien leidet, einmütig wird.

# Tages-Spiegel

Die Wirtschaftspartei hat dem Kabinett Brüning die Gefolgschaft aufgesagt und Justizminister Dr. Bredt aus der Regierung zurückgezogen. Es besteht nunmehr die Möglichkeit, daß das Sanierungsprogramm als Notverordnung erlassen werden muß.

Die Reichsregierung wird, nachdem das nötige Material beigebracht ist, wegen der polnischen Terrorakte gegen die Deutschen in Ostoberschlesien beim Völkerbund Beschwerde erheben.

Im Streit um die Reichsbahnverwaltungsratsfrage hat der Staatsgerichtshof den Antrag des Reichs abgewiesen und den Ländern, darunter Württemberg, das Recht auf je einen Verwaltungsratsmitglied zugesprochen.

Die Nachverhandlungen über den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs über die Mehrarbeitszeit im Ruhrkohlenbergbau sind ohne Ergebnis geblieben. Die Entscheidung liegt nunmehr beim Reichsarbeitsminister.

Die Zahl der Arbeitslosen im Reich ist bis zum 15. November auf 2,484 Millionen angewachsen.

# Der Streit um die Verwaltungsratsfrage der Reichsbahn

— Leipzig, 26. Nov. In der Verfassungsstreitfrage des Deutschen Reiches gegen die Länder Baden, Bayern, Sachsen und Württemberg wegen der Nennung von Mitgliedern zum Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft wurde vom Deutschen Staatsgerichtshof am Dienstag vormittag folgendes Urteil verkündet:  
1. Der Antrag des Reiches wird abgewiesen.  
2. Auf Grund der zur Auslegung des Staatsvertrages über den Uebergang der Staatseisenbahn auf das Reich vom 30. April 1920 abgegebenen Erklärung haben die Länder Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden das Recht, je ein Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft zu wählen.

# Tabak- und Bürgersteuer

## im Haushaltsauschuß.

II. Berlin, 26. Nov. Der Haushaltsauschuß des Reichstags lehnte am Dienstag die Beratung der Notverordnung beim Kapitel Tabaksteuer fort. In der Aussprache wurde weniger die Notverordnung als die neue Tabaksteuernovelle der Regierung behandelt. Von der Regierung wurden Tabellen vorgelegt, die die Belastung des Tabaks im einzelnen errechnen. Insgesamt solle die Belastung nach der neuen Vorlage rund 1,8 Milliarden jährlich betragen. Von volkswirtschaftlicher Seite wurde betont, daß die Regierung für diese Vorlage niemals eine Mehrheit im Reichstag finden werde. Die Reichsregierung werde gewarnt, sie etwa im Wege der Notverordnung wirksam zu machen. Von den Sozialdemokraten wurde erklärt, daß der Rückgang des Verbrauchs viel größer sein werde, als die Regierung annehme. Ein Vertreter der Regierung gab auf Anfrage zu, daß die Vorderformung im Tabakgewerbe bedrohliche Formen annehme, denen unbedingt entgegengetreten werden müsse.  
Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums gab der Auffassung Ausdruck, daß die Gesundung der Finanzverhältnisse in den Gemeinden durch die Bürgersteuer zu beschleunigt würde, denn durch diese Steuer werde der Grundgedanke vertreten, daß grundsätzlich jeder Angehörige einer Gemeinde für seinen Teil zu den Gemeindeforderungen beitragen müsse, sodas dadurch einer unangehörigen Ausgabewirtschaft der Gemeinden entgegengetreten werde. In der Aussprache wurde die Befreiung der Getränkesteuer empfohlen.

# Do X fliegt über den Ozean

Heute Weiterflug der Do. X nach Lissabon.  
II. Lissabon, 26. Nov. Wie aus La Coruna gemeldet wird, hat die Do. X 10 000 Liter Brennstoff getankt. Das Flugschiff wird heute vormittag nach Lissabon starten. Für den Weiterflug sind folgende Zwischenstationen vorgesehen: Cadix, Sag Palmas, Kap Berden, Fernando-Noronha. Das Wetter ist gut.  
Dr. Dornier erklärte, daß bei den guten Erfahrungen, die man gerade in den letzten Tagen bei dem Sturm in der Biscaya betreffs der Seetüchtigkeit mit der Do. X gemacht habe, keine Rede davon sein könne, daß der Flug über den Ozean aufgegeben werde. Gerade nach den letzten unfreiwilligen Seeprüfungen sei man mehr denn je davon überzeugt, daß das Flugschiff allen Anforderungen gewachsen sei. Die Entscheidung, ob für den Ozeanflug die Nord- oder Südroute gewählt werde, dürfte in allerkräftester Zeit fallen.

## Eine neue polnische Herausforderung

Deutschfeindliche Kundgebungen in Katowitz.

11. Katowitz, 25. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: In den Nachmittagsstunden des 22. November hat sich durch die Straßen von Katowitz ein Demonstrationszug polnischer staatlicher Eisenbahn- und Postbeamter bewegt, in dem auf einem der Eisenbahnwagen gehörenden Kraftfahrzeug eine an einem Galgel hängende lebensgroße Puppe herumgeführt wurde, die einen deutschen Offizier in voller Uniform mit Originalorden darstellte.

Das deutsche Generalkonsulat hat noch am selben Nachmittag bei dem Wojewoden schriftlich hierüber Vorstellungen erhoben. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß das öffentliche zur Schau stellen einer solchen Puppe eine grobe Verungeltung des deutschen Volkes bedeute und die deutschen Empfindungen aufs schwerste verletze, es wird ferner das Befremden des Generalkonsulats darüber zum Ausdruck gebracht, daß staatliche Beamte es sich herausnehmen könnten, in derart unehrlicher Form ihren feindseligen Gefühlen gegenüber Deutschland Ausdruck zu verleihen und daß die staatlichen Sicherheitsorgane es nicht als ihre selbstverständliche Pflicht angesehen haben, gegenüber dieser herausfordernden Demonstration von den Machtmitteln des Staates Gebrauch zu machen. Daraufhin hat sich der Stellvertreter des Wojewoden beim Leiter des deutschen Generalkonsulats persönlich entschuldigt.

### Der deutsche Senatsstift in Oberschlesien behauptet.

Für die Senatswahlen sind in der Wojewodschaft Schlesien von 453 302 Wahlberechtigten insgesamt 409 436 Stimmen abgegeben worden. Die 390 589 gültigen Stimmen verteilen sich wie folgt: Regierungsblok 185 229 Stimmen, 1 Sitz; Deutsche Wahlgemeinschaft 68 586 Stimmen, 1 Sitz; Korfanti-Partei 136 791 Stimmen, 2 Sitze; Sozialistenblock 15 704 Stimmen, 0 Sitze; Kommunistenblock 4279 Stimmen, 0 Sitze.

Die Deutschen haben also ihr Mandat behauptet. Der bisherige Senator Dr. Pant wird erneut als Vertreter der Deutschen Wahlgemeinschaft in den Warschauer Senat eingesetzt.

## Frankreich der Friedensstörer!

Lloyd George veröffentlicht im „Extrablatt“ Kopenhagen einen ausführlichen Artikel, der sich an Frankreich wendet. Er erklärt offen, daß Deutschland in Versailles in einen Hinterhalt gelockt worden sei. Frankreich habe keine heiligen Verpflichtungen von damals gebrochen. Es behauptet jetzt, abgerüstet zu haben, weil es seine Dienstpflicht verkürzt habe. Was Frankreichs Nachbarn aber zu erfahren wünschen, sei nicht, wie lange die Franzosen brauchten, um ihre Dienstpflicht abzudienen, sondern wieviel Franzosen im Falle eines Krieges bereit seien, die Waffen zu ergreifen und an die Front zu marschieren. Habe denn Frankreich das alleinige Recht auf Sicherheit? Der Versailler Vertrag sei nicht abgefaßt worden mit dem Ziele, einzelne Nationen zum Tode zu verurteilen. Wenn der Vertrag so ausgelegt würde, so könnte das wohl zu einer vollständigen Umwälzung des Vertrages führen. Sicherheit für alle und Allgemein Anerkennung der Verträge!

Wenn Frankreich sich weigert, abzurufen, so habe Deutschland das Recht, das gleiche zu tun, d. h. nicht nur nicht abzurufen, sondern anzugreifen. Falls Deutschland dann Ernst mit seinen Rüstungen mache, so würde das den Todesstoß für die politische Lage bedeuten, die der Versailler Vertrag habe zuwege bringen sollen.

Aber Frankreich wolle nicht abruhen; einfach weil es bereits zuviel gerüstet habe und eine hinterhältige Gewaltpolitik betreibe, die früher oder später zum Kriege führen müsse, da natürlich kein anderes Land die Errichtung einer französischen Vorherrschaft in Europa dulden könne. Die französische Politik sei das einzige Hindernis auf dem Wege zur Abrüstung.

Lloyd George fährt weiter viele Abfälle aus der Rede des Reichskanzlers Brüning an, denen er sich voll anschließt.

## Lilien auf dem Felde

Roman von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

### Erstes Kapitel.

Immer weiter leckte die grüne Wildnis, wo Sonnenfunken auf dem moosigen Waldboden lustig tanzen und sich in den Tautropfen widerspiegeln, daß sie wie Diamanten leuchteten, wo Vogelstimmen jubilierten, wo bunte Blumen blühten und eine köstliche reine Morgenluft erhöhte Lebensfreude gab. Dazu das Sticken blauer Himmel, das durch die hochragenden, dicht-belaubten Bäume ab und zu hervorlugte — wie war das alles wunderbar, so neu — noch nie gesehen und erlebt in der Heimat!

Astrid Vermehren drang weiter vor; längst war sie vom richtigen Wege abgekommen; sie wußte gar nicht mehr, wo sie war — doch das Ungewöhnliche reizte sie; sie kehrte nicht um; einmal mußte sie sich doch wieder aus dem Walde finden.

Sie lächelte in sich hinein. Wie die Eltern und Geschwister wohl erstaunt sein würden, wenn man sie nicht am Frühstücksstisch finden würde!

Sie — die sich sonst nie vor zehn Uhr morgens erhob — jetzt schon auf einem Morgenpatziergang!

Aber das Frühaufstehen hatte sie gelernt während ihres Aufenthaltes in Mühldorf bei ihrer Freundin Eleonore Neinschagen; nach anfänglichem Widerstreben hatte es ihr schließlich Freude gemacht, die Freundin und deren Vater auf ihren Morgenritten durch die Felder zu begleiten — zum erstenmale war ihr da die Herrlichkeit der Morgenstunde aufgegangen.

Und heute hatten die ersten Sonnenstrahlen sie punktiert gewandt, so daß sie es nicht länger im Bett duldete. Sie erhob sich, machte schnell Toilette und verließ unbemerkt das Haus, das noch im tiefsten Schlafe lag.

## Die ernste Stunde der Gemeinden

Zerschlagung des Gemeindelebens oder Selbsthilfe

Der Reichsfinanzminister hat kürzlich auf der Tagung der Deutschen Staatspartei öffentlich verkündet, das Reich habe 1400 Millionen Mark an seinen Ausgaben gespart, und er empfahl den Gemeinden, diesem Beispiel zu folgen. Es ist nicht nötig zu erörtern, auf welche Weise das Reich diese 1400 Millionen Mark Ersparnisse erzielt hat. Bei der allgemeinen Kenntnis dieser Materie genügt die Feststellung, daß die Gemeinden die Leidtragenden bei diesen Ersparnissen, d. h. dieser Umlagerung der Ausgaben, sind. Da aber die Kommunen leider keine anderen nachgeordneten öffentlichen Körperschaften haben, auf deren Kosten sie Ersparnisse machen könnten, müssen sie sich an den Steuerzahler halten. Nicht um wirkliche Ersparnisse zu machen. Dafür ist der Wirkungsbereich der Gemeinden zu eng begrenzt, denn 85 Prozent aller Gemeindeausgaben sind durch Staatsausgaben zwangsläufig geworden. Gespart werden kann nur durch den Abbau der sogenannten Auftragsangelegenheiten. Hierfür ist aber wegen der Rückwirkung auf das Reich nicht zu hoffen. So stünde jeder Gemeinde nur der Weg radikalen Abbaus der Kulturausgaben offen. Damit würde aber jedes Gemeinde-Eigenleben vernichtet.

Wir wollen uns allen Ernstes bewußt bleiben, daß wir nicht vor einem solchen Erliegen des Gemeindelebens stehen. Man ist auch in den Ministerien davon überzeugt, daß die Defizitwirtschaft immer weiter um sich greifen muß, weiß aber keinen anderen Ausweg als den in der Steuernotverordnung gezeigten. Es ist jedoch bekannt, daß diese Steuern insgesamt noch nicht einmal die Kosten für die im Jahre 1930 neu anfallenden Wohlfahrtsverwehren decken.

In dieser Not trat der Vorstand des Deutschen Städtebundes zu einer Sitzung zusammen, um zu dem Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung Stellung zu nehmen, in dem auch nicht mit einer Sitze der Gemeinden gedacht wird. Das Ergebnis ist die Ankündigung einer starren Drosselung aller sachlichen Gemeindeausgaben für den Rest des Etatsjahres, einer weiteren Einschränkung aller dringenden Aufgaben und einer Bekämpfung der mißbräuchlichen Inanspruchnahme städtischer Wohlfahrtsmittel. Aus dieser sehr ernsten Ankündigung ergibt sich, daß die Krise der Selbstverwaltung dem Höhepunkt zutreibt. Es ist keine Zeit mehr zum Neuberateten, es muß mit aller Beschleunigung Abhilfe geschafft werden. Da aber auch mit der schärfsten Einschränkung aller sachlichen Ausgaben die Finanzkrise nicht behoben werden kann, es vielmehr zu einer ganz erheblichen Schädigung der Wirtschaft führen dürfte, wenn die Gemeinden die öffentlichen Bauten stilllegen, den Straßenbau einstellen, überhaupt alle Verbesserungen unterlassen wollten, so dürste auch diese Drosselung ihre Grenzen haben. Der letzte Ausweg wird immer eine Sanierung von der Einnahmeseite her sein.

Bevor aber der Städtetag diese Forderung erhebt, be-

handelt er klar und eindeutig die Senkungspolitik in Bezug auf die öffentliche Verwaltung durch den Abbau der Gehälter, in Bezug auf die Wirtschaft durch Abbau der Löhne und Preissenkung. Die Preissenkungsfrage ist aber ein Komplex von Teilwirkungen. Ihre Lösung wird deshalb schwierig, weil keiner der Beteiligten die Last der Inflationsfrage tragen will. Der Lohnempfänger weiß sehr wohl, daß sich der Ausgleich billiger Preise erst nach einem gewissen Wirtschaftsumlauf auswirken kann und er die Last der Zwischenzeit zu tragen hat, in der sich die Ausgaben den Einnahmen noch nicht angleichen. Die verarbeitende Wirtschaft verbraucht noch Millionenwerte an Rohstoffen, die teurer eingekauft sind als ihr jetziger Preis ist. Rohstoffherzeugung und Lohn hängen aber wieder unmittelbar zusammen. Auf diesem Wege also wird sich die Verbitterung des Lebens nur ganz langsam auswirken.

Ein Sofortprogramm zur Sanierung der Gemeindefinanz muss sich auf die restlose Ausschöpfung der Einnahmen stützen. Die Steuern der Reichsnotverordnung werden trotz aller gegen sie anzuführenden Momente in Kraft treten. Darüber hinaus wird der Städtetag noch lebhafter um das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer kämpfen. Er fordert es bereits ab 1. April 1931. Die Voraussetzung dafür ist aber, daß keine weitere Schwächung der Wirtschaft eintritt, wie sie die Abtrennung von 400 Millionen Mark von den Wohnungsbeiträgen aus Hauszinssteuermitteln hervorrufen würde. Darüber hat man bereits genug gesagt. Die geplante Realsteuernsenkung mit Hilfe dieser 400 Millionen Mark ist eine sehr zweifelhafte Maßnahme. In Bayern sind zum Beispiel auf dem Gebiet der Realbesteuerung ganz andere Grundfälle maßgebend. Dort sowie auch in Sachsen besteht gar kein Bedürfnis nach einer Senkung der Realsteuern. Eine Senkung der Wohnungsbeiträge würde ohne wirtschaftliche Schäden nur dann möglich, wenn sich die Preissenkung entsprechend auf dem Baumarkt auswirkte. Diese ergibt aber nach fachmännischer Schätzung höchstens 180 Millionen Mark. Deshalb sollte man die 400 Millionen ruhig dem Baumarkt belassen. Das würde der Wirtschaft jetzt mehr nützen als eine kaum fühlbare Senkung der Gewerbesteuer.

Die Einführung des Zuschlagsrechts zur Einkommensteuer hat jetzt mehr Aussicht als früher, nachdem ihr in der Bürgersteuer eine Art Vorläufer entstanden ist. Die Bürgersteuer wurde schematisch festgelegt, die Gemeinden können sie nur in der gesetzlichen Form entweder annehmen oder ablehnen. Eine Beweiskraft dieser Steuer würde dem Gedanken des Zuschlagsrechts näher kommen.

Die Stunde ist nahe, in der sich das Schicksal der deutschen Gemeinden entscheiden muß. Es ist zu wünschen und zu fordern, daß die verantwortliche Reichsregierung sich dem Ernst der Lage nicht verschließt.

## Kleine politische Nachrichten

**Der Polizeistreit Reich-Thüringen.** Wie zuverlässig verlautet, hat der Staatsgerichtshof der Thüringer Regierung mitgeteilt, daß die Hauptverhandlung im Polizeistreit Reich-Thüringen vor dem Staatsgerichtshof nunmehr endgültig auf den 20. Januar und die folgenden Tage angesetzt worden ist.

**Nicht bewaffnete Kommunisten verhaftet.** In Düsseldorf wurde ein Kommunistenest in der Eintrachtstraße von der Polizei ausgehoben. Die Durchsuchung führte zur Festnahme von acht Kommunisten und zur Beschlagnahme von Pistolen, Seitengewehren und anderen Waffen. Es handelt sich um eine sogenannte kommunistische Terrorgruppe. Einer der Festgenommenen war bei der Bluttat in der Immermannstraße anwesend, wo der Nationalsozialist Hilmerich erschossen wurde.

**Kein Verbot der R.S.D.A.P. in Berlin beabsichtigt.** Die Meldungen, daß der Polizeipräsident von Berlin beabsichtige, auf Grund des Vereinsgesetzes die R.S.D.A.P. oder Teile

derselben zu verbieten, werden vom Polizeipräsident für unrichtig erklärt.

**Anschlag auf den irischen Gesundheitsminister.** In Dublin wurde auf den irischen Gesundheitsminister ein Anschlag verübt. Als der Minister in Begleitung eines Freundes das Haus des Präsidenten des irischen Landtags betreten wollte, fielen plötzlich mehrere Schüsse. Angehörige der Schutzwache in Zivil erwiderten sofort das Feuer auf einige Leute, die in der Dunkelheit entkamen. Ein Mann der Schutzwache erhielt einen Schuß ins Knie.

**Einwanderungssperre nach Amerika?** Der republikanische Senator Reed wird im Dezember dem amerikanischen Kongress eine Entschließung unterbreiten, in der eine völlige Einwanderungssperre für die nächsten 2 Jahre gefordert wird. Die Sperre soll am 1. Juli 1931 in Kraft treten. Lediglich die nächsten Angehörigen bereits in Amerika ansässiger Einwanderer sollen noch zugelassen werden. Senator Reed ist der Ansicht, daß die Entschließung glatt angenommen werden wird. Zur Begründung wird die Bekämpfung der großen Arbeitslosigkeit angeführt.

Der weit ausgedehnte Park, der die schloßähnliche Villa der Eltern umgab, verlor sich auf der einen Seite, nur von einem dichten Zaun davon getrennt, in den großen Wäldungen, die die freundliche Ortschaft umgaben.

Astrid lächelte ein wenig, als sie den trennenden Zaun überstiegen hatte und sie sich auf weitere Entdeckungsfahrten begab.

Was fiel ihr heute ein?

Als Kind war ihr der heimliche Wald immer wie ein Märchenland erschienen, den sie an der Hand der verschwundenen englischen und französischen Erzieherinnen aber nur von weitem hatte bewundern dürfen, während die barfüßigen Dorf- und Fabrikkinder nach Herzengluft darin herumtobten und Beeren und Pilze suchten.

„Es schickt sich nicht für euch“, hatte der Mutter ständige Ermahnung gelauret, wenn die kindlichen Gelüste nach ungezwungenem Herumtoben wach wurden. Nein, es schickte sich wirklich nicht für die Kinder des Geheimen Kommerzrates Vermehren, des reichsten und bedeutendsten Industriellen des ganzen Kreises!

Und gar früh hatten diese Kinder begriffen, welche bevorzugte Stellung sie einnahmen, daß sie etwas Besseres als andere waren! Dieses Bewußtsein hatte das Selbstgefühl der Vermehrenden Kinder bis zum Hochmut gesteigert, der jede Berührung mit gesellschaftlich unter ihnen Strebenden ängstlich vermied.

Astrids Vordringen war jetzt mit einem Male ein Ziel gesetzt — sie befand sich vor einem kleinen See, dessen klares grünes Wasser sich leise im Morgenwinde kräuselte. Libellen und Schmetterlinge gaukelten über dem Schilf. Sie blickte sich um nach einem Weg; denn hier war der Boden so sumpfig, daß er unter ihren Schritten leise zitterte. Vorsichtig ging sie etwas zurück — dort drüben schien der Hauptweg zu sein; sie

lah viele Radfahrer hintereinander fahren mit ungehängten Bleckmannen und Radkörben, anscheinend Arbeiter, die ihrer Arbeitsstätte zustrebten.

Da empfand sie plötzlich einen heftigen Schmerz im linken Fuß, und das Gehen machte ihr beschwerlich. Bis jetzt hatte ihr das einsame Umherstreifen Spaß gemacht; nun wurde es ihr aber ungemütlich; wie sah sie aus — das weiße Kleid voller grüner Flecke und die weißen Schuhe ganz schmutzig!

Mühsam am Rand des Sees entlang humpelnd, da der Weg jetzt wieder trocken und fest geworden, fand sie einen abgehanenen Baumstumpf, auf dem sie sich ein wenig ausruhen wollte. Sie zog die Schuhe aus und die feinen weisseidenden Estrimpe, die Blutsflecken zeigten; am Fuß war eine blutende Schramme, hervorgerufen durch einen langen spitzen Dorn, den sie herauszuziehen versuchte; doch es gelang ihr nicht; er brach ab, und das rötliche Blut blieb in der Wunde stecken. Sie stellte den weichen Fuß in das kühle Wasser des Sees, was ihr gut tat.

Jetzt mußte sie über sich lächeln. Wenn jemand sie hier gesehen — doch eigentlich eine für Astrid Vermehren unmögliche Lage, in der sie sich befand! Aber bald hatte sie das Mißgeschick darüber verloren; der Morgen war ja so schön! Und beinahe veranlaßt plätscherte sie mit beiden Füßen im Wasser und ließ das kühle Nass darüber rinnen, indem sie die Füße abwechselnd hob und eine auf den andern stellte.

Da knackte es in dem Gebüsch hinter ihr von brechenden Zweigen. Sie wandte sich um; ein schöner brauner Jagdhund kam herauf und blieb bellend vor ihr stehen.

„Juno!“ rief eine Männerstimme von weitem. — „Juno, hierher!“ Astrid erschrak. Es war ihr sehr unangenehm, daß sie hier überrascht wurde — wer weiß, wie ihr Abenteurer enden konnte!

(Fortsetzung folgt.)

# Aus Stadt und Land

Calw, den 26. November 1930.

## Die mittlere Verwaltungsdienstprüfung

Haben Otto Buhl von Calw und Martin Reinhardt, Eisenbahnsekretär a. D. in Stammheim, mit Erfolg abgelegt; sie sind zu Verwaltungspraktikanten bestellt worden.

## Von der Handelskammer Calw.

Unter dem Vorsitz von Direktor Sannwald-Calw fand dieser Tage in Calw eine Handelskammer-Sitzung statt, bei der eine Reihe brennender Wirtschaftspragen zur Erörterung stand. Ueber einige für die Allgemeinheit wichtige Dinge sei im folgenden berichtet: Für unseren Bezirk mit seinen vielen Bädern und Luftkurorten ist von besonderer Wichtigkeit die Pflege des Fremdenverkehrs. Es geschieht im Vergleich zu anderen europäischen Ländern für die Fremdenwerbung in Deutschland viel zu wenig. Namentlich die Eisenbahn müßte viel weiter entgegenkommen, als sie es bisher getan hat; sie steht in dieser Frage hinter den Nachbarländern weit zurück. Namentlich Herr Baehler-Freudenstadt wußte auf diesem Gebiet sehr wertvolle Fingerzeige zu geben. Es wird in dieser Sache einmal ein Vorstoß seitens der Kammer unternommen werden. — Nachdem der Grundgedanke der Sonntagsrückfahrkarte dadurch durchbrochen worden ist, daß die Sonntagsrückfahrkarte auch zur Rückfahrt am Samstag und in einzelnen Reichsbahndirektionen auch am Mittwoch von großen Städten aus benutzt werden darf, ist die Kammer der Auffassung, daß der jetzige Zustand unhaltbar ist. Entweder müßte die Sonntagsrückfahrkarte am Mittwoch auch dem Lande zugestanden werden, oder aber wäre die allgemeine Einführung der Rückfahrkarte zeitgemäß. — Ueber schwebende Fragen des Einzelhandels berichtete Herr Rietzhamer-Herrenberg. Bezüglich der Ausverkaufstermine ist die hoffentlich nunmehr endgültige Regelung die, daß für das Land die Winterausverkäufe beginnen am 3. Samstag des Januar, die Sommerausverkäufe am 3. Samstag des Juli. Von da ab haben die Firmen vier Wochen Frist, innerhalb 15 Tagen den Saisonausverkauf abzuschließen. Für Stuttgart ist die Ausverkaufsdauer auf 15 Tage beschränkt. — Erneut soll gegen den vom Einzelhandel nicht tragbaren Ladenschluß am Heiligen Abend um 5 Uhr Protest erhoben werden. — Die Frage, ob die Wirt. Wirtschaftszeitung allen Firmen zugestellt werden solle, wird von der Kammer verneint, da durch die Verbände und Fachzeitschriften eine genügende Belehrung der Mitglieder stattfindet, und heutzutage alle weiteren Belastungen auch finanzieller Art unbedingt vermieden werden sollten. — Auf Grund eingehender Besprechung kam die Kammer zu einer Ablehnung des Gedankens des starren 8-Stundentags. Abgesehen davon, daß praktisch schon weit-aus die meisten Betriebe durch Arbeitsverkürzung die 40-Stundenwoche eingeführt haben, lehrt die seitliche Erziehung nur zu deutlich, daß nicht eine neue Bindung auf Grund eines scheinbar einfachen Rechenempfehlens den Weg aus dem Lenz der Arbeitslosigkeit zeigen kann, sondern nur die Befreiung von der Unmenge von gewerblichen und polizeilichen Zwangsmaßnahmen, die die Freiheit des Handelns überall lähmen. Daß die Milderung der drückenden Reparationslasten, die besonders Württemberg stark beeinträchtigende Hochochholzpolitik des Auslands als die Hauptursachen der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen sind, versteht sich von selber. Größter Beachtung wert sind die Vorschläge, die nebenher gemacht werden, wie das Arbeitsdienstpflichtjahr, die Ueberführung der Jugend in das Geschäftsleben erst nach dem 15. Lebensjahr u. a. m. Zu begrüßen wäre es ganz besonders, wenn die Mittel für den problematischen Bau des Redarkanal dem ganzen Land zugestimmt würden zur Verwendung für Arbeiten an Staats- und Gemeindestraßen. Das würde dem Verkehr und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit besser dienen als der Redarkanal, dessen Aussichten bekanntlich zweifelhaft sind. — Der Geschäftsführer berichtete sodann noch ausführlich über eine Reihe von Mängeln, die sich im Vergleichsverfahren gezeigt haben — Sicherung der Masse schon im Vorverfahren, Verlangen einer größeren Sicherheit zur Erfüllung des Vergleichs, Erhöhung der Vergleichsquote, Vorsicht in der Auswahl der Vertrauensperson und dergleichen. — Zum Schluß wurde noch über die Neugestaltung der Steuern berichtet. Man kann von einer vollkommenen Neuregelung der Steuergesetze reden. Besonders auch für die wirt. Verhältnisse wird die Neugestaltung von großer Bedeutung sein.

## Vortrag im Georgenäum.

Letzte Woche hielt Handelschulassessor Dr. Scheffhüch-Calw im Georgenäumssaal einen bedeutamen Vortrag über: „Sind Lohn- und Preislenkung Wege aus unserer Wirtschaftskrisis?“ Trotz des für die Gegenwart aktuellen Themas war der Saal nur schwach besetzt. Der Vortragende betonte eingangs seiner Ausführungen, daß der Versuch zur Lösung des Problems nicht durch Gefühls- oder allgemeine politische oder persönliche Momente beeinflusst und beschwert sein dürfe, sondern daß der ganze Fragenkomplex nur mit erkenntnistheoretischen Mitteln, also nach streng wissenschaftlicher Methode, entschieden werden dürfe. Wie der Mediziner zur fruchtbareren Ausübung seiner Tätigkeit einer genauen Kenntnis des Körpers, der Krankheitssymptome und der Heilmittel bedarf, so muß der Volkswirtschaftler, will er als Arzt des kranken Wirtschaftskörpers positives zur Milderung der Not beitragen, mit der Wirtschaftsstruktur und den wirtschaftlichen Erscheinungen genau vertraut sein. Der Redner untersuchte zuerst die Frage: Haben wir eine Wirtschaftsnot? Als Gradmesser dient hier zuerst die Prüfung der Zinslage, die heute bedauernd niedriger ist als gegenüber 1927. Die Bewegung der Wertpapierpreise, wobei gegenüber 1927 Kurseinbrüche von 30—40 Proz. festzustellen sind (Darmstädter u. Nationalbank 1927: 301, 20. November 1930: 150; Deutsche Bank 1927: 230, heute 108; Darmst.-Benz. 1927: 147, heute 24; Sapag 1927: 178, heute 71; Wernberg-Seide 1927: 637, heute 67), und die Variation der Warenpreise, die sich in dem Fall des Großhandelsindex von 141

im Jahre 1927 auf 121 im Jahre 1930, der Kleinhandelspreise von 156,8 im März 1929 auf 145 im Jahre 1930 bemerkbar macht. Beim Problem der Warenpreise muß bemerkt werden, daß die Zollfrage einen bedeutamen Einfluss auf die Gestaltung der Preise haben, beträgt doch heute der Zoll auf einen Zentner Getreide rund 12,50 Rm., zu Bismarcks Zeiten 1,50 Rm. Ein wesentliches Symptom der wirtschaftlichen Lage eines Landes ist weiterhin die Zahl der Konkurse, die sich seit 1913 folgendermaßen bewegt haben: 1913: 10 000; 1923: 430; 1926: 20 000; 1927: 7 000; 1928: 11 000; 1929: 15 000; 1930 (Annäherungswert): 20 000. Als letzten Gradmesser zur Prüfung des Wirtschaftsstandes behandelte der Redner die Frage der Arbeitslosigkeit. Er unterschied hier 3 Arten von Arbeitslosen: die Dauerarbeitslosen, deren Zahl seit 1925 in steigendem Maße begriffen ist, die durch Konjunkturentwicklungen bedingten Nichtbeschäftigten und fernerhin die durch den Wechsel der Jahreszeiten von der Arbeit ausgeschlossenen. Das bedenklichste Zeichen ist das unheimliche Wachsen der durch die steigende Wirtschaftsnot bedingten Dauerarbeitslosenzahl, die im Juli 1926 etwa 200 000, 1927: 450 000, 1928: 650 000, 1929: 860 000 und 1930: 1—1,2 Millionen betrug. Nach diesen durch reichliches Zahlenmaterial wertvoll ergänzten Untersuchungen über die Wirtschaftsnot wandte sich der Redner der Frage zu: Ist die Preislenkung — insbesondere eine künstlich verursachte — ein Weg, der Wirtschaft wieder aufzuhelfen? Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt ist eine Preislenkung als Rettung aus der wirtschaftlichen Not nicht zu befürworten, am besten für eine gesunde Entwicklung ist ein unveränderliches Preisniveau, seine Erhöhung und seine Senkung, denn eine Preislenkung, die gemacht wird, hat keine kapitalbildende und Betriebsmittel schaffende Wirkung, welche für unseren Wirtschaftskörper ein dringendes Erfordernis ist. Der Redner belagte die Frage, ob Lohnsenkung ein Mittel und Weg aus unserer Wirtschaftsnot ist, nur bedingt für die Beseitigung der konjunkturellen Arbeitslosigkeit, hingegen voll und ganz zur Beseitigung der Dauerarbeitslosigkeit, während die Lohnsenkung zur Verminderung der durch den Wechsel der Jahreszeiten bedingten Arbeitslosigkeit abzulehnen ist. Durch Lohnsenkung finde eine Auswertung der Produktion statt, welche erhöhte Kapitalbildung und sinkenden Zinsfuß bedinge, was wiederum den Weg zur Lohnerhöhung frei mache. Lohnerhöhung bedeute jedoch nie einen Weg zur Verminderung der bestehenden Wirtschaftsnot eines Landes, eine gemachte Preislenkung überwindet nicht die Not, sondern schafft Not, weil die Preislenkung eine internationale Erscheinung sei, eine Welle im steten Auf und Ab der wirtschaftlichen Erscheinungen. Gibt es andere Wege und Mittel zur Abschwächung der Wirtschaftsnot? Arbeitsdienstpflicht? Dies könnte höchstens ein Mittel sein zur teilweisen Milderung der Dauerarbeitslosigkeit, würde aber volkswirtschaftlich durchaus unrentabel sein; denn die Frage der Beschaffung der Arbeitsmittel u. a. m. und insbesondere das Moment der Zwangsarbeit statt der freiwilligen Arbeitsleistung würden das Experiment der Arbeitsdienstpflicht nicht zum Erfolg kommen lassen. Bölle? würden die Gegenseite sofort ermuntern, wiederum höhere Löhne zu schaffen. Tributabgabe? Der Redner verneinte die Möglichkeit, daß eine Tributabgabe zur Beseitigung der Wirtschaftsnot führen könne. Nur Lohnsenkung bilde ein positives Mittel zur Beseitigung der Dauerarbeitslosigkeit. Diese Maßnahme könne aber nur eine spezielle Maßnahme zur Heilung eines kranken Gliedes am Wirtschaftskörper sein. Nebenher und in zielbewusster Weise muß zur Heilung des gesamten Wirtschaftskörpers Vertrauen, Ruhe, Ordnung dienen. Nicht immer neue Reichstagswahlen, neue Unruhe, Umsturzpläne! Das tötet Vertrauen, lähmt den Aufschwung und die Aufbaumöglichkeit. Mit der überzeugenden Hoffnung, daß die Ueberwindung der Not möglich und das deutsche Volk zu dieser Tat fähig sei, schloß der Redner seine bedeutamen und mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

## Vortrag im Städt. Hausfrauenverein.

„Erregung, Uebertragung und Verhütung von Infektionskrankheiten“ lautete das Thema, über welches der Oberamtsarzt unseres Bezirks, Medizinalrat Dr. Lang, am vergangenen Montag einen volkstümlichen Vortrag im Städt. Hausfrauenverein Calw hielt. Der Baldhornsaal war überfüllt und mit großem Interesse folgten die anwesenden Frauen den einfachen, klaren Darlegungen, die in hohem Maße geeignet waren, belehrend und aufklärend zu wirken. Der Hausfrau fällt ja in der Hauptfache die Aufgabe der Gesundheits- und Krankenpflege innerhalb der Familie zu und deshalb besitzen solche Vorträge von fachwissenschaftlicher Seite eine nicht zu unterschätzende Bedeutung; man möchte nur wünschen, daß die Ärzteschaft sich mehr zu Gesundheitsvorträgen entschließe, denn hier bietet sich ein weites, sehr dankbares Betätigungsfeld, das heute leider vielfach von wenig besungenen Elementen beherrscht wird. Medizinalrat Dr. Lang kennzeichnete in seinem Vortrag zunächst die Krankheitserreger, die Bakterien. Durch Nahrungsmittel, Gebrauchsgegenstände, Ungeziefer, Luft (Erkältungs- und Stäubeninfektion) und direkte Berührung mit Kranken können sie in den menschlichen Körper eindringen und hier Krankheiten hervorrufen. Die Wege, auf denen die Bakterien in den Körper gelangen, sind der Speiseweg, der Luftweg oder verletzte Hautstellen. Sehr anschaulich wurde der Krankheitsvorgang von der Inkubation bis zur Abwehr und Tötung der Bakterien durch die Schutzorgane (Lymphdrüsen) und Blutstoffe des Körpers geschildert und schließlich angegeben, wie man sich vor Ansteckung schützen kann. Sauberkeit, peinliche Ordnung im Krankenzimmer, planmäßige Desinfektion, das Fernhalten der gefährlichen Bakterienträger in Stubenfliegen und Vorsicht beim Umgang mit Kranken sind die wirksamsten Schutzmittel. Die Vorführung eines Filmtreibens bot guten Anschauungsunterricht zu dem Vortrag und interessante graphische Darstellungen belehrten über den Verlauf der häufigsten Infektionskrankheiten. Auf besonderen Wunsch der Hausfrauen gab der Redner noch Aufschluß über die Entstehung und zweckmäßige Behandlung von Blutspeiseren, Krampfadern (Thrombose, Embolie), und Kropfkrankheiten (Basjedow). Auf unsere örtlichen Verhält-

nisse eingehend, empfahl er als Ausgleich gegenüber dem kalkarmen Wasser die Verwendung von Volkssalz im Haushalt. Bezüglich der Schuluntersuchungen wurde die Notwendigkeit des verständnisvollen Zusammenwirkens zwischen Arzt, Schule und Haus betont und auf das Bedürfnis einer fahrbaren Schulzahnklinik für die Bezirke Calw und Neuenbürg hingewiesen. Schließlich warnte der Oberamtsarzt noch vor dem Kurpfusertum, dem Hausierhandel mit Heilmitteln und dem Erwerb kostspieliger Heilapparate. Der rechte, hierfür ausgebildete Helfer in Krankheitsfällen sei der Arzt. Die Vorsitzende des Vereins, Frau Stadtschultheiß Göhner, dankte dem Redner nach Beendigung seines Vortrages herzlich und überreichte ihm als ein Zeichen dankbarer Anerkennung eine prächtige Blumengabe.

## Totenfeier in Bad Liebenzell.

Wieder ist ein Tag der Trauer vergangen, ein Tag besonderer Gedankens an die Trauernden, welche ihr Leben fürs Vaterland gaben. Auch in Bad Liebenzell wurde er zu einem Gemeindevortag, so zahlreich war die Beteiligung der Vereine, insbesondere die des Krieger- und Militärvereins. Mit umflossenen Fahnen marschierte man im geschlossenen Zug zum Gotteshaus, wo Stadtpfarrer Lempp in einer dem Tag angepaßten Predigt ergreifende Worte für unsere Toten fand. Ein Violinvortrag mit Orgelbegleitung, ausgeführt von Liebenzeller Musikfreunden, sowie ein Lied des Kirchenchors verschönten den Gottesdienst. Hierauf trat man beim Gedächtnismahl zusammen, wo nach markiger Ansprache der Vorstand des Krieger- und Militärvereins, Gemeinderat Ehrhardt, im Namen der Stadt und des Krieger- und Militärvereins einen Lorbeerkranz niederlegte. Eine weitere Kranzniederlegung erfolgte von seiten der Ortsgruppe Liebenzell des Reichsbundes der Kriegsbefähigten und Kriegerhinterbliebenen. Zwei Choräle, gespielt von der Feuerwehrgesellschaft (Leitung Mendel), und ein schön vorgelesenes Lied des Liederkranz (Leitung Lehrer Lautenschlager) umrahmten die Gedenksfeier. Unter Vorantritt der Musik marschierten die Vereine dann zum Rathaus, wo die Fahnen wieder eingebracht wurden. D. S.

## Brief aus Gehingen.

Stürme, Regen und ein heftiges Gewitter leiteten den Totenfeier ein. Das milde Element riß an Dächern, Bäumen und Zäunen und hinterließ manchen Schaden; die elektrische Lichtleitung war gestört. Der Tag der Toten wurde auch heuer in feierlicher Weise durch gemeinsamen Kirchgang der Freiw. Feuerwehr und sämtlicher Vereine unter Vorantritt der Kapelle des Musikvereins begangen. Kamerad Neusch gedachte im Gottesdienst der gefallenen Kameraden, während der Gemischte Chor unter Leitung von Lehrer Seeburger einen erhabenden Choral sang. Nach der Kirche hielt man am Ehrenmal eine würdige Gedenksfeier. Der Liederkranz brachte dem Ernst der Stunde entsprechende Lieder zum Vortrag und Hirschwirt L. Gehring sprach als alter Frontsoldat ergreifende Worte. Nach einem eindrucksvoll gespielten Choral ging der Abmarsch der Vereine vonstatten. — Am gleichen Tag galt es, einem treuen Feuerwehrkameraden, dem im 62. Lebensjahr verstorbenen Wilhelm Wagner, seit 1893 aktives Mitglied des Steigerzugs und Inhaber des Verdienstehrenzeichens, das letzte Geleit zu geben. Die Kapelle des Musikvereins, dessen Ehrenmitglied der Verstorbene war, eröffnete den überaus stattlichen Leichenzug. Dem von alten Kameraden getragenen Sarge folgte mit umflorter Fahne die Freiw. Feuerwehr und der Liederkranz; auch letzterer verlor in dem Verstorbenen einen guten Freund und Gönner. Am Grabe zeichnete Pfarrer Neusch ein lebensvolles Bild des Entschlafenen, Feuerwehrkommandant Ludw. Gehring widmete dem Kameraden einen tiefempfundenen Nachruf und legte einen Kranz nieder, zum letzten Gruß senkte sich die Fahne. Vorträge der Musikkapelle und des Liederkranzchors umrahmten die Bestattungsfeier.

Dachtel M. Calw, 25. Nov. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag zog ein Gewitter mit orkanartigem Sturm über unseren Ort, wobei an Bäumen und Häusern Schaden angerichtet wurde. Auch warf der Sturm einen innerhalb des Ortes stehenden Pappelbaum um. Dieser fiel über die Straße und zertrümmerte elektrische und Telefonleitungen. Die Pappel reichte auch noch auf das nachbarliche gegenüberliegende Dach, das dadurch ziemlich beschädigt wurde.

Neuenbürg, 25. Nov. Schwer betroffen wurde durch den Sturm die Hochspannungsleitung des Gemeindeverbands Teinach. Die Strecken Birkenfeld-Engelsbrand, Liebenzell-Schönbürg und namentlich Schönbürg-Höfen wurden schwer mitgenommen. Manche Gemeinde war am Sonntag und teilweise auch am Montag ohne Strom. Auch die Telefon- und Telegraphenleitungen wurden stark mitgenommen. Ganze Leitungszüge wurden glatt umgelegt und die Verständigung von Ortschaft zu Ortschaft, wie beispielsweise die von Höfen nach Teinach war nur auf Umwegen möglich. Ganze Kolonnen von Starkstromern und Telefonern sah man am Sonntag und Montag eifrig damit beschäftigt, Hindernisse auszuräumen und die Leitungen wenigstens notdürftig wieder instandzusetzen.

Seib. Schlaitdorf, D.-A. Lötzingen, 25. Nov. Der Sturm vom Sonntag hat ein im Umbau befindliches Haus in der Webergasse zum Einsturz gebracht. Das wegen der Bauarbeiten glücklicherweise unbewohnte Gebäude ruhte, da die Stützmauern neu angeführt werden sollten, nur auf Spreien und konnte deshalb der Gewalt des Sturmes nicht standhalten. Es bildet heute, abgesehen von einem stehen gebliebenen kleinen Schuppen, der wohl auch vollends eingestürzt werden muß, nur noch einen wüsten Haufen werksamer Trümmer. Dank der freien Lage des Hauses wurden Nachbargebäude nicht in Mitleidenschaft gezogen.

Seib. Sigmaringendorf in Hohenz., 25. Nov. Der Sturm vom Sonntag hat in den Gemeindeväldungen schrecklich gewüet. Nach vorläufigen Schätzungen wurden im Biegelholz in den Abteilungen 35—38 allein etwa 12 000 Festmeter entwürzelt und abgerissen und weitere 1000 Festmeter in den übrigen Abteilungen unseres Waldes.

## Vom Calwer Rathaus

Nachtrag zur Rathausausdrache über den Postamtneubau.

In eigener Sache hat Herr G.-M. Weigel uns gebeten, den für seine Stellungnahme zur Frage des Badstraßenprojekts wesentlichen Teil seiner Ausführungen im Gemeinderat im Wortlaut wiederzugeben. Er lautet: „Auch ich war ein Gegner des Badstraßenprojekts, weil aus dem Geheimnis, das dieses umgab, zunächst nur eine einseitige Interessenpolitik ersichtlich erschien. Nach der Sitzung vom 14. 11. und der heutigen Verlesung des Vertrags freute ich mich, feststellen zu können, daß dieser Verdacht geplatzt ist wie eine Seifenblase und ich den gehegten Verdacht gerne zurücknehme. Ich habe mich nicht nur ein-, sondern mehrmals vor den Platz in der Badstraße gestellt und mir den Neubau hin-

eingedacht, wobei ich im Vergleich mit den andern Vorschlägen zu der Ueberzeugung gekommen bin, daß es für die Stadtgemeinde nicht nur keine günstigere Lösung der Platzfrage, sondern auch keinen günstigeren Vertrag geben kann, dem die Stadtgemeinde nur die nicht gerade so wertvolle Badwiese zum Opfer bringt, weshalb ich meine Zustimmung zu dem Vertrag gerne gebe.“

Zur Frage der Bürgererversammlung äußerte G.-M. Weigel, daß der Wunsch laut geworden sei, die Beschlußfassung zu vertagen, bis diese Versammlung stattgefunden habe. Seltener Ansicht nach führe das aber zu weit. „Ich bedauere, daß die Bürgererversammlung nicht am Tag vorher stattgefunden hat, verpöchte mir aber von dieser nicht viel. Angenommen, 50 Prozent wären für und 50 Prozent gegen die Badstraße gewesen, nach welcher Hälfte hätte sich dann der Gemeinderat richten sollen und wenn durch diese Versammlung das

ganze Objekt zum Scheitern gekommen wäre, wie hätten dann die Arbeitslosen gestimmt, wenn diese vielleicht die eine Hälfte des Saales eingenommen hätten?“ Die Bemerkung, daß ein Gemeinderat Vertagungsantrag zu stellen beabsichtige u. s. w., machte dann G.-M. Weigel. Da beide Herren wechselseitig das Wort ergriffen und die Berichterstattung durch Kürzen und Zusammenziehen bekräftigt war, Wiederholungen auszuschalten, sei hiemit verjüngt, diesen Teil der Rathausausdrache klarer wiederzugeben.

Wetter für Donnerstag und Freitag.

Im Norden zeigt sich eine schwache Depression, im Süden schwacher Hochdruck. Unter diesen Umständen ist für Donnerstag und Freitag zeitweilig bedecktes, unbeständiges Wetter zu erwarten.

### Todesanzeige

Psalm: 103.

Nach langem, schwerem, mit vorbildlicher Geduld ertragenem Leiden, durfte heute mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager u. Onkel

**August Schaufelberger** †

im Frieden entschlafen.

Im Namen der Trauernden:

Frau Luise Schaufelberger;  
Liesel Blecher geb. Schaufelberger  
mit Gatten Wilh. Blecher, Prediger

Calw-Sinsheim a. El., 25. November 1930.

Beerdigung findet Donnerstag Nachmittag 2 Uhr vom Trauerhause Marktstraße 14 aus statt.

### Puppenperücken

(Zopf oder Zubi)  
von Mk. 1.70 an.  
Friseur Obermatt.

Wer nichts auf seine Haartracht hält,  
lebt abseits der modernen Welt!

### B. G.

#### Generalversammlung

am Samstag, den 29. November,  
abends 8 Uhr, im Badischen Hof.

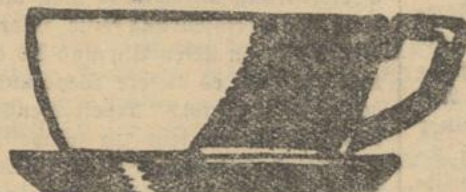
#### Tagesordnung:

1. Rechenschafts- u. Kassenbericht
2. Bücherabgabe
3. Neuwahlen
4. Verschiedenes.

Um zahlreiche Beteiligung bittet der Ausschuß.

## Serva-Kaffee

Allerbeste Mischungen!  
Stets frisch gebrannt!



Eigene Rösterei! 5 Proz. Rabatt!  
**Carl Serva, Calw,** Fernspr. Nr. 120.

Puppenwagen  
Schaukelpferde  
Kinderstühle  
Holländer  
Bubiräder  
Trittroller  
in reicher Auswahl.  
Einige  
Puppenwagen  
vom letzten Jahre zu herab-  
gesetzten Preisen.

Otto Weiszer, Lederstr.

### In Laubsäg- Arbeiten

findet alt und jung unter-  
haltende Beschäftigung.  
Bitte Schaufenster beachten.  
Hermann Fischer,  
Calw, Badstraße 18.

### Adventssterzen

empfeht billigst

**Chr. Schlatterer**

### Moskofinen

neue Cypro, 3r. Mk. 20.—  
solange Vorrat.

**A. Luz,**  
Lederstr. 8.

### Vorzügliches, neues Piano

von Pianofabrik besonders  
günstig, weil wenig gespielt  
zu verkaufen.  
Anfragen unter B. G.  
274 an die Geschäftsstelle  
dieses Blattes.

### Einige wenig gebrauchte Flügel, Pianinos Harmonium

eigene und fremde Fabrikate in verschiedenen Holz-  
arten, tadellos gerichtet, preiswert und günstig  
zu verkaufen.

**Schiedmayer**  
Pianofortefabrik

Stuttgart  
Neckarstraße 12 Calw  
TELEPHON 26841/42

Beachten Sie bitte unsere 5 Schaufenster mit dem  
Eingang zu den Verkaufs-Räumen und unsere  
genaue Adresse.

Von Donnerstag früh, den 27. Novem-  
ber, steht in meiner  
Stallung in Althengstett  
ein Transport



erfrischter jun-  
ger, trächtiger  
Kühe und gut-  
gewöhnter hoch-  
trächtiger Kalbinnen, sowie schönes  
Jungvieh zum Verkauf,

wozu Liebhaber freundlichst einladet  
**Julius Böttigheimer** Telefon 245.

### Evang. Volksbund Calw

Mittwoch, 26. Nov.  
abends 8 Uhr  
**Frauen-  
Besprechungabend**  
im Saalzimmer des  
Bereinshauses.  
Vom Ringen um die  
Jugend.  
Sedermann willkommen.

Wo kaufe ich gegen  
Nässe und Kälte gute  
Schuhe?  
Schuhhaus  
**Carl Fischer**  
Bahnhofstraße 17.  
Reparaturwerkstätte.

Wollen Sie ein neues  
Chaiselongue für Ihr  
gebraucht, Sofa haben  
bei **Fr. Hennefarth,**  
Postfernöbellager.

**Haferjalen- und  
Lorsmelasse**  
billigt bei  
**A. Luz,**  
Lederstr. 8.

Alle  
**Strümpfe**  
Strickan, Strickkleidung  
nach Maß führt aus.  
**A. Richter,** Hirshau  
Klosterhof 50.

Wenig getragener, schwerer  
**Herrnmantel**  
preiswert abzugeben.  
Kronengasse 7.

### Rein Lager

sondern jedes  
**Volker-Möbel**  
wird nach Wunsch  
angefertigt

**Reparaturen**  
billigt bei  
**H. Wurster Tapeziermstr.**

### Motorräder Sahrräder u. Reparaturen

**Chr. Widmaier,**  
meh. Werkstätte b. d. Post

Wenn Sie eine Abnahme  
Ihrer Sehkraft oder bei an-  
gestrengter Arbeit eine Erm-  
attung Ihrer Augen spüren,  
dann sollten Sie das seit 120  
Jahren bewährte

**Trainers  
Augenwasser**  
verwenden.  
Alleinverkauf für Calw  
**Ritter-Drogerie b. Adler**  
**O. E. KISTOWSKI**

Braunes  
**Hafermehl**  
frisch eingetroffen.  
**A. Luz.**

**Trikotreste**  
in viel. Farben, auch seidene  
**Flidreste**  
für Eisenbahnerwische sind  
eingetroffen.  
**Sofia Binder, Zwinger 41**

### Frische Fische

treffen heute ein.  
Frishes

**Rabliau**  
und  
**Schellfisch**  
im gang. Fisch

Pfd. 33 Pfg.

**Rabliau-  
Filet**  
küchensertig

Pfd. 60 Pfg.

Frishes  
**Büchlinge**  
**Lachs-  
Seringe**

ferner empfehlen:  
Neue

**Linsen**  
Pfd. 24 Pfg.  
an  
Frankfurter  
**Delikates-  
Würstchen**  
Paar 55 Pfg.

**Brot-Abschlag**  
**Bauerabrot**  
in hygien. Verpackg.  
2 Pfd. 44 Pfg.  
 **Roggenbrot**  
3 Pfd. 56 Pfg.

Auf alles  
5% Rabatt

**Pfannkuch**

Neuhengstett  
Einen ca. 12 Str. schweren  
guten

**Schafftier**

sowie eine fast neue, forchene  
**Treppe**  
90 cm breit und 11 Stufen  
hat zu verkaufen.  
**Eugen Sourban.**

Hoffstett, den 25. November 1930.

### Dankagung



Für die liebevolle Anteilnahme, die wir  
bei dem schweren Verluste unseres lieben  
Entschlafenen

**Johann Georg Braun**  
Postbote

in so reichem Maße erfahren durften, spre-  
chen wir unseren herzlichsten Dank aus.  
Besonders danken wir dem Herrn Orts-  
geistlichen Pfarrer Schmelzle für seine liebe-  
vollen, trostreichen und zu Herzen gehenden  
Worte, dem Leichenchor für den erhebenden  
Gesang, den Beamten des Postamts Teinach  
und Calw, dem Herrn Postsekretär Single  
und dem Herrn Schultheiß Pfrommer,  
Rötenbach für ihre erhebenden Grabreden,  
sowie den Kriegervereinen Neuweiler-Hof-  
stett, Agenbach und Martinsmoos für ihre  
letzte Ehrung, für die vielen Kranzspenden  
und allen denen, die den Entschlafenen zur  
letzten Ruhestätte begleiteten.

Die trauernden Hinterbliebenen:  
Agathe Braun und Kinder.

### Evangel. Buchhandlung Carl Spambalg, Calw

empfeht  
**Adventshäuschen, Advents-  
transparente, Adventskerno  
und -Bäumchen, Advents-  
ampeln, Adventskalender,  
Adventskarten**

Der grösste Gegner des Erfolges  
ist die Bequemlichkeit. Der  
Käufer kommt selten von selbst,  
er muss ständig erworben wer-  
den. - Ihr bester Helfer ist die  
Anzeige im „Calwer Tagblatt“.

Neuhengstett  
Einen ca. 12 Str. schweren  
guten



**Schafftier**  
sowie eine fast neue, forchene  
**Treppe**  
90 cm breit und 11 Stufen  
hat zu verkaufen.  
**Eugen Sourban.**